
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 3
Datum 24. März 2010

30 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Motion Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend 10 Jahre Umweltkonzept: Bilanz ziehen und zukunftsweisend aktualisieren; Erheblicherklärung

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Ich stelle fest, dass die GPK zumindest in ihrem Protokoll eine Bemerkung angebracht hat. Wünscht die GPK das Wort?

Thomas Ackermann, GPK: Wertet Präsident, werte Ratsmitglieder. Die GPK hat wiederum zwei Bemerkungen. Die erste Bemerkung bezieht sich auf die Rechtsgrundlagen. Woraus schliesst der Gemeinderat, dass ein Umweltkonzept in seinen Kompetenzbereich fällt? Die zweite Bemerkung bezieht sich auf die Antwort des Gemeinderates. Wie kann die Umwelt- und Landschaftskommission Mitte 2009 etwas festhalten, wenn diese zwischen dem 20. Februar 2008 bis 19. Oktober 2009 keine Sitzung abgehalten hat. Wir haben erfahren, dass Beat Merlach sich diesbezüglich mit dem Präsidenten der Umwelt- und Landschaftskommission in Verbindung gesetzt, dies kann aber nicht als Meinung der ganzen Kommission gewertet werden.

Präsident: Der Motionär hat das Wort.

Bruno Vanoni, GFL: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich danke dem Gemeinderat für die Stellungnahme und die Bereitschaft, die Motion wenigstens als Postulat entgegenzunehmen. Ich möchte mich zuerst zur Formfrage äussern und dann noch zum Inhalt der Antwort des Gemeinderates. Ich spreche auch für die GFL Fraktion, diese wird sich später nicht mehr zu Wort melden. Zuerst zum Formalen: Der Gemeinderat bestreitet, dass eine Motion zulässig ist. Darüber habe ich mich gewundert. Denn das Umweltkonzept selber ist, wie ich in der Begründung geschrieben habe, durch eine Motion angeregt worden. Der Grosse Gemeinderat hat die damalige Motion von Marianne Keller am 26. Februar 1997 mit grossem Mehr erheblich erklärt, wie ich im Protokoll nachgelesen habe. Kein Mensch hat damals die Zulässigkeit der Motion bestritten. Dass das Umweltkonzept im Jahr 2009, als es fertig ausgearbeitet war, nur vom Gemeinderat beschlossen worden ist, ist meines Erachtens kein Grund heute zu sagen, dass Umweltkonzept falle generell in den Kompetenzbereich des Gemeinderates. Wenn der GGR vor 13 Jahren den Auftrag zur Erarbeitung des Konzeptes mit einer Motion geben konnte, so kann er heute wohl auch mit einer Motion eine Aktualisierung verlangen. Kommt dazu, dass ich in der Motionsbegründung ausdrücklich geschrieben habe, zur Aktualisierung des Umweltkonzeptes gehöre auch ein Massnahmenplan, der dem GGR vorzulegen sei, je nach Inhalt zum Beschluss oder zur Kenntnisnahme. Mit anderen Worten das aktualisierte Umweltkonzept, welches der Gemeinderat auch überarbeiten will, würde anschliessend wieder im Grossen Gemeinderat behandelt werden. Aus diesem Grund müsste es doch wohl möglich sein, dies mit einer Motion zu beschliessen. Aus rechtlichen Gründen sehe ich also nicht ein, weshalb ich die Motion in ein Postulat umwandeln sollte. Ich komme zum Inhalt. Es freut mich, dass auch der Gemeinderat anerkennt, dass das Umweltkonzept aktualisiert werden muss. Ich fände es auch richtig, dass er für diese Arbeit der Um-

welt- und Landschaftskommission den Rücken stärkt. Aber das bisherige Engagement dieser Kommission, wir konnten vorhin etwas zum Sitzungsrythmus vernehmen, lässt mich daran zweifeln, ob die Kommission diese Aufgabe alleine erfüllen kann. Darum ist in der Begründung der Motion auch angeregt, dass man für die Überarbeitung externe Fachleute beiziehen könnte. Wer das Umweltkonzept kennt, weiss wie gründlich und detailliert dieses ist. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn auch bei der Überarbeitung externe Leute beigezogen werden könnten. So wie dies vor rund 10 Jahren geschehen ist, als das Umweltkonzept mit einem externen Fachmann erarbeitet worden ist. Deshalb hat das Konzept in weiten Kreisen als Pioniertat Beachtung gefunden. Leider geht aus der Antwort des Gemeinderates hervor, dass er kaum einen Handlungsbedarf in den beiden Bereichen, die sich seit der Erarbeitung des Umweltkonzeptes zu neuen Schwerpunkten und Prioritäten von jeder Umweltpolitik entwickelt haben, sieht. Es handelt sich um den Klimaschutz und um die Förderung der Biodiversität, um die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten und deren Lebensräumen. Das Jahr 2010 ist das internationale Jahr der Biodiversität. Wir anerkennen, dass die Gemeinde Zollikofen als Energiestadt wichtige Beiträge zum Klimaschutz bereits leistet und auch in Zukunft leisten wird. Aber das Beispiel anderer Gemeinden zeigt, dass auch Zollikofen mehr tun könnte. Es besteht sogar die Gefahr, dass Zollikofen ohne zusätzliche Anstrengungen den guten Ruf und den Spitzenrang unter den Energiestädten verlieren könnte. Es drohen Rückschritte. Beispielsweise könnte die Abschaffung der Ausnützungsziffer den einzigartigen Minergie - Bonus im Baureglement in Frage stellen. Dies könnte Zollikofen einige Punkte in der Rangliste der Energiestädte, auf welche wir immer so stolz waren, kosten. Es gilt also, im Rahmen der Aktualisierung des Umweltkonzeptes neue, zusätzliche Möglichkeiten für ein stärkeres Engagement im Klimaschutz aufzuzeigen. Das gilt noch mehr für die Förderung der Biodiversität. Der Gemeinderat schreibt, das sei eine Bundesaufgabe, die vom Kanton finanziell stark unterstützt werde. Das stimmt so nicht. Die Förderung der Biodiversität ist eine Verbundaufgabe von Bund und Kantonen. Gemäss der bernischen Kantonsverfassung Art. 31 Abs. 4 schützen der Kanton und die Gemeinden die Tier- und Pflanzenwelt sowie deren Lebensräume. Das heisst nichts anderes als Förderung der Biodiversität. Das Biodiversität auch eine Aufgabe der Gemeinden ist, zeigt das aktive Engagement von Gemeindegremien in unserer Nachbarschaft am Beispiel der Landschaftskommission Wohlen. Im GGR unserer Partnergemeinde Münchenbuchsee wird an einer nächsten Sitzung ein Gastreferat zum Jahr der Biodiversität gehalten. Es trifft zu, dass Zollikofen mit einem guten Vernetzungsprojekt einen Beitrag zur Förderung der Biodiversität leistet. Wir von der GFL konnten uns im letzten Jahr im Rahmen eines öffentlichen Anlasses davon überzeugen. Aber damit sind allein die Bauern angesprochen und nur ein Teil unseres Gemeindegebietes und der Landwirtschaftszone wird davon erfasst. Dabei gibt es auch viele Möglichkeiten die Biodiversität im Siedlungsgebiet zu fördern und auch gleichzeitig die Wohnqualität zu erhöhen. Ich erlaube mir unserem Gemeindepräsidenten, stellvertretend für den Gemeinderat und auch für die Umwelt- und Landschaftskommission, ein Faltblatt des Schweizerischen Vogelschutzes zu überreichen, welches solche Möglichkeiten aufzeigt. Das ist also kein persönliches Geburtstagsgeschenk. Es ist dazu gedacht, den Leuten weiterzureichen, welche sich in der Gemeinde mit dieser Thematik beschäftigen. Eine konkrete Möglichkeit wäre die Förderung der Erneuerung der wenigen verbleibenden Hochstamm-Obstgärten in unserer Gemeinde, zum Beispiel beim Landstuhl. Aber der Gemeinderat schreibt ja in seiner Antwort, der Gemeinde fehlen die finanziellen und personellen Mittel für zusätzliche Massnahmen. Die personellen Kräfte müsste man eben mobilisieren und motivieren. Andere Gemeinden mit aktiven Natur- und Vogelschutzvereinen zeigen es vor. Freiwillige beginnen sich zu engagieren, wenn sie auch die notwendige öffentliche Rückendeckung und Motivation erhalten. Die finanziellen Mittel könnte man aus dem Fonds für schützenswerte Bauten und Naturobjekte fliessen lassen. Das ist eine bereits bestehende Spezialfinanzierung. Der GGR müsste dazu nur das entsprechende Reglement ändern. Heute fliessen aus diesem Fonds bereits Beiträge in das erwähnte Vernetzungsprojekt der Landwirte. Dieses Beispiel zeigt, dass der GGR gefragt sein könnte, wenn das aktualisierte Umweltkonzept wirklich umgesetzt werden soll. Ein Grund mehr für meine Meinung, dass die Motionsform durchaus angemessen und vor allem zulässig ist. Eigentlich läuft

die ganze Antwort des Gemeinderates darauf hinaus, dass er nichts, zumindest nichts Zusätzliches, machen will, ausser das Umweltkonzept auf dem Papier zu aktualisieren. So macht ein Postulat eigentlich keinen Sinn. Aus diesem Grund möchte ich Euch bitten, den Vorstoss als verbindlichen Auftrag, als Motion zu überweisen, damit sich der Gemeinderat dann auch wirklich etwas Ernsthaftes vornimmt.

Präsident: Wünscht der Gemeinderat ergänzende Angaben zu seiner schriftlichen Antwort zu machen?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Zur ersten Frage der GPK, wo die entsprechenden Zuständigkeiten nachgeschaut werden können: Einerseits findet man dies im kantonalen Gemeindegesetz im Artikel 25 oder in der Gemeindeverfassung von Zollikofen unter Artikel 59. Dieser besagt: "Der Gemeinderat führt die Gemeinde". Es ist Aufgabe des Gemeinderates vorausschauend zu handeln. Zu den bekannten Instrumenten gehören Finanz- und Investitionsplan, Legislaturprogramm, Schwerpunktprogramm usw. sowie Richtpläne aller Art und Konzepte. Es handelt sich hier um ein Umweltkonzept. Nun zur zweiten Frage hinsichtlich des Sitzungsrythmuses und dass es nicht möglich gewesen sein soll, dass man eine Antwort geben konnte. Es ist in den Kommissionen üblich, dass die Sekretariate zusammen mit dem Präsident bestimmen, welche Geschäfte anstehen und in den Kommissionen behandelt werden müssen. Der Präsident Markus Burren und der Sekretär Beat Merlach haben aufgrund des Aufgabenkatalogs festgestellt, dass die Überarbeitung des Umweltkonzeptes nach 10 Jahren notwendig ist. Ich bin überzeugt, dass Herr Vanoni eigentlich gar keine Motion, sondern ein Postulat einreichen wollte. Er schreibt: "Der Gemeinderat wird beauftragt zu überprüfen". Aus diesem Wortlaut lässt sich schliessen, dass ein Postulat gemeint ist. Aus diesen Gründen, gestützt auf die rechtlichen Grundlagen und den eben erwähnten Wortlaut, empfiehlt Euch der Gemeinderat die Motion abzulehnen und in ein Postulat umzuwandeln, welches der Gemeinderat gerne entgegennehmen wird.

Präsident: Markus Burren hat das Wort gewünscht.

Markus Burren, SVP: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Während des Votums von Bruno Vanoni, habe ich teilweise beinahe innerlich gekocht. Ich habe mich aber wieder ein wenig beruhigt. Die Forderungen der Motion Vanoni scheinen auf den ersten Blick offene Türen einzurennen. Aber kennt man die Materie und die Gegebenheiten von Zollikofen ein wenig besser und wenn man weiss was bisher alles realisiert worden ist und wie oft die Gemeinde Zollikofen schon als Vorzeigebispiel erwähnt worden ist, sieht die Sache ganz anders aus. Wollen wir das? Brauchen wir das immer wieder? Ist es überhaupt notwendig? Was kostet ein Vorzeigebetrieb? Was bringt uns ein Papier, welches unseren Vorzeigebetrieb vorzeigt, welcher nicht gelebt werden kann oder will? Auf alle diese Fragen gebe ich keine Antwort, da die Meinungen hier zu weit auseinanderklaffen. Aber eines weiss ich ganz bestimmt. In Bezug auf die ökologische Vernetzung sind wir in Zollikofen ein Vorzeigebispiel. Bruno Vanoni hat vergessen, dass diesbezüglich auch ein Fallprospekt existiert und dass dieser schweizweit und nicht nur in der näheren Umgebung verteilt wird. Es handelt sich hierbei um den Teilrichtplan "ökologische Vernetzung". Die Gemeinde Zollikofen war einmal mehr Pilotgemeinde bei der Erarbeitung dieses Teilrichtplanes. Viele Gemeinden im Kanton schauen zurzeit auf die Gemeinde Münchenbuchsee, da dort ein Vortrag über die ökologische Vernetzung abgehalten wird. Doch die Gemeinde Münchenbuchsee hat nicht einmal einen Teilrichtplan. Wir hingegen sind bereits seit sechs Jahren in Besitz eines Solchen. Sind wir doch einmal zufrieden mit dem was wir haben. Der Teilrichtplan der ökologischen Vernetzung wird unterstützt durch die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft (SHL), welche Ihren Sitz an der Länggasse in Zollikofen hat. Er wird ausserdem durch die Umwelt- und Landschaftskommission, welche ich präsidiere, betreut. Es existiert eine Begleitgruppe "Vernetzungsprojekt Monitoring". Dieses Monitoring führt die Erfolgskontrolle durch. Diese 21 Seiten umfassende Erfolgskontrolle erscheint alljährlich. Darin werden, aufgrund einzelner Standorte in Zollikofen,

die entsprechenden Veränderung von Jahr zu Jahr aufgezeigt. Es wird aufgeführt, ob die angestrebten Ziele erreicht werden konnten oder auch nicht. In dieser Begleitgruppe sind folgende Personen vertreten: Hans Ramseier von der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft, Flurin Baumann vom Amt für Gemeinden und Raumordnung, Daniel Fashing vom Naturschutzinspektorat, Hanspeter Lobsiger vom Jagdinspektorat, Beat Baumann als Bauverwalter von Zollikofen, zwei Vertreter seitens des Naturschutzes und meine Wenigkeit als Präsident der Umwelt- und Landschaftskommission. Die Begleitgruppe besteht einzig darum, weil die Gemeinde Zollikofen bei diesem Projekt Pilotbetrieb war. Wieder ein Vorzeigebeispiel. Zur Weiterbildung betreffend der ökologischen Vernetzung oder Biodiversität findet man in den landwirtschaftlichen Fachzeitschriften wöchentlich Beiträge. Wir Bauern sind uns dieser Thematik sehr wohl bewusst. Die Politik befasst sich zurzeit sehr stark mit der Förderung der Biodiversität. Nur leider hat man noch nicht bemerkt, wer letztendlich davon profitiert. Sehen Sie sich einmal die Werbung von Migros und Coop an, diese beiden Unternehmen profitieren am Meisten von der Förderung der Biodiversität. Die Landwirtschaft hingegen betreibt den Aufwand. Natürlich erhalten die Bauern eine Entschädigung. Diese hält sich jedoch in Grenzen. Ich komme nun zum Umweltkonzept. Das Umweltkonzept ist vor 10 Jahren erstellt worden. Ich bin mit Bruno Vanoni einig, dass das Konzept veraltet ist. Stefan Funk hat es erwähnt, ich bin diesbezüglich mit Beat Merlach zusammengekommen und wir waren uns einig, dass eine Überarbeitung unumgänglich ist. Waren damals bei der Erarbeitung dieses Werkes nur Fachleute am Werk? Was sind Fachleute überhaupt? Heutzutage werden für jede erdenkliche Arbeit Fachleute angefordert. Wer sagt, ob jemand ein Fachmann beziehungsweise Fachfrau auf einem Gebiet ist? Muss man dazu zuerst eine Dissertation schreiben, welche schlussendlich niemanden interessiert? Das ist natürlich ein wenig überspitzt formuliert, aber manchmal gewinne ich diesen Eindruck. Als ich das Umweltkonzept, zwecks Überarbeitung, das erste Mal komplett durchgelesen habe, konnte ich feststellen, dass wohl nicht in allen Bereichen Fachleute am Werk waren. Als ich die Seite der Landwirtschaft durchleuchtet habe, konnte ich vorneweg zwei Ungereimtheiten entdecken. Die hier aufgezählten Aufgaben des Ackerbaustellenleiters kann dieser gar nicht alle wahrnehmen. Weiss hier jemand, ausser Klaus Jost, wer der Ackerbaustellenleiter in Zollikofen ist? Ich denke wohl eher nicht. Es ist Christian Oesch von Rütli. Der Ackerbaustellenleiter sollte beispielsweise prüfen, wenn man dem Umwelt- und Landschaftskonzept Glauben schenken will, wie nahe der Bauer sein Land an einen Bach heran bearbeiten darf. Das ist gar nicht seine Aufgabe. Dies ist seit rund zehn oder fünfzehn Jahren nicht mehr seine Aufgabe. Dieser Teil im Konzept ist längstens überholt. Daran kann man erkennen, dass damals bei der Erarbeitung des Konzepts nicht nur Fachleute beteiligt waren. Der Ackerbaustellenleiter muss, nach Wortlaut des Konzepts, prüfen, ob die Bauern die Tierhöchstbestände pro Hektar einhalten. Das kann er gar nicht, da er nicht über die notwendigen Angaben verfügt. Für diese Aufgaben existieren Organisationen, welche die Betriebskontrollen durchführen. Wenn wir eine bestimmte Vorschrift nicht einhalten, dann werden die Beiträge gekürzt. Wird der Höchsttierbestand überschritten, werden die Direktzahlungen gestrichen. Es wird nicht lange diskutiert. Man kann dann höchstens noch Einsprache machen, erhält jedoch meistens nicht Recht. Damit das Konzept in der Umwelt- und Landschaftskommission weiterbearbeitet werden kann, braucht es noch einen Effort der Verwaltung. Diese muss die vielen Gesetzesartikel, welche das Konzept beinhaltet, überprüfen und aktualisieren. Es stellt sich auch die Frage, ob es wirklich notwendig ist, diese alle im Konzept zu erwähnen, da die Gesetze ständig überarbeitet werden. Weil diese Artikel noch nicht überarbeitet worden sind, ist seit längerem eine nächste Sitzung der Umwelt- und Landschaftskommission ausstehend. Zudem bitte ich den Gemeinderat, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, die Überarbeitung dieser Gesetzesartikel unverzüglich in die Wege zu leiten. Das Arbeit "Büetz" bedeutet ist allen klar, welche schon einmal gearbeitet haben. Ansonsten gibt es eben keinen Lohn Ende Monat. Ich möchte euch nicht länger langweilen. Aber diese Motion ist aus unserer Sicht als Postulat einzustufen. Alles was in dieser Motion gefordert wird, wurde bereits in Angriff genommen. Noch zu Dir Bruno Vanoni. Ich übergebe Dir anschliessend die Erfolgskontrolle des Teilrichtplanes ökologische Vernetzung. Du kannst diese studieren und zur Kenntnis nehmen was wir in Zolli-

kofen bereits alles realisiert haben. Noch ein Wort zur Finanzierung. Der Kanton beteiligt sich mit 20 %, der Bund bezahlt 80 %. Die Gemeinde Zollikofen bezahlt jährlich zwischen Fr. 10'000.00 - 12'000.00 aus dem Fonds für schützenswerte Bauten und Naturobjekte. Zusätzlich Anreize sind nicht notwendig. Seitens des Bundes werden schweizweit 7 % ökologische Ausgleichsfläche gefordert. In Zollikofen verfügen wir über 13.1 % ökologischer Ausgleichsfläche. Was wollt Ihr noch mehr? Wollt Ihr ins Gras beißen anstelle einer knackigen Karotte?

Präsident: Das Wort ist weiterhin offen für die Ratsmitglieder.

Peter Traber, SP: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Die SP Fraktion hat das vorliegende Geschäft intensiv diskutiert. Wir haben uns in diesem Zusammenhang auch die Frage gestellt, welches wohl die Rolle dieser Umwelt- und Landschaftskommission ist. Wir gelangten zu folgenden Erkenntnissen: Erneuerung des Umweltkonzeptes. Wir begrüßen dies. Dies erscheint uns aber nur sinnvoll, wenn das Konzept mit einem Umsetzungsplan verbunden ist. Dieses muss Termine und Verantwortlichkeiten enthalten und muss mit einer Fortschrittlichkeitskontrolle begleitet werden. Aufgrund unserer Vorabklärungen gehen wir davon aus, dass diese Umsetzung nicht klar geregelt war und auch nicht erfolgt ist. Die in der Diskussion vorgebrachten Spezifikationen beziehungsweise Erklärungen, lassen mich zum Schluss kommen, dass dieses Geschäft nicht systematisch bearbeitet worden ist. Beim Überarbeiten des Konzepts erscheinen uns folgende Punkte wichtig: Zur externen Vergabe der Anpassung dieses Umweltkonzeptes möchte ich mich nicht weiter äussern. Bruno Vanoni hat sich dahingehend geäußert, dass diese Arbeiten extern vergeben werden sollen. Wir von der SP gehen davon aus, dass der Gemeinderat die gleiche Haltung vertritt. In der Ziffer 5 beim Geschäft ist folgende Aussage festgehalten: "Die finanziellen und personellen Auswirkungen können erst später ermittelt werden." Auch bezüglich der Biodiversität können wir uns den Aussagen von Bruno Vanoni anschliessen, wir haben keine weiteren Ergänzungen. Hinsichtlich "Energistadt" möchten wir noch eine Bemerkung anbringen. Es ist zwar richtig, dass Zollikofen als Energistadt den grössten Anteil an öffentlichen und privaten Gebäuden im Minergie - Standard hat, daraus aber den Handlungsbedarf klein zu reden, wie das der Gemeinderat in seiner Antwort macht, erscheint uns nicht zulässig. Aus unserer Sicht gibt es im Bereich Verkehr, nach wie vor grossen Handlungsbedarf. Soweit zum Umweltkonzept. Nun zur Umwelt- und Landschaftskommission. Wir haben uns unterhalten wie diese funktioniert. Wir mussten feststellen, dass die für die Umsetzung des Umweltkonzeptes zuständige Kommission, ihre Aufgabe in absolut ungenügender Form wahrnimmt oder wahrnehmen kann. Es ist bereits von der GPK darauf hingewiesen worden, dass es eigentlich gar nicht möglich ist, dass ein Beschluss wie er im Bericht und Antrag aufgeführt ist, gefällt worden ist. Zwischen Anfang 2008 und Oktober 2009 haben keine Sitzungen stattgefunden. Mitte Oktober fand wieder eine Sitzung statt. An dieser Sitzung hat die Kommission seinen Mitgliedern Bereiche des Landschaftskonzeptes zur Überprüfung zugeteilt. Die Grundlagen sind nach unserem Informationsstand bis Anfang Dezember 2009 versprochen worden. Auf dieses Datum hin war eine Sitzung geplant, welche abgesagt und auf den 18. Januar 2010 verschoben worden ist. Aber auch diese Sitzung wurde nicht abgehalten. Die jährlichen Berichte bezüglich Energistadt müssten ebenfalls von dieser Kommission behandelt werden. Das ist offenbar seit mindestens zwei Jahren nicht mehr der Fall. Nach Auffassung der SP ist dieser Zustand absolut unbefriedigend und muss zwingend verbessert werden. Die Umwelt- und Landschaftskommission muss alle Geschäfte in Bezug auf Fragen der Umwelt und Siedlungs- beziehungsweise Landschaftsentwicklung erhalten. Eine entsprechende Liste ist offenbar bei der Gründung dieser Kommission verabschiedet worden. Die Umsetzung des Umweltkonzeptes muss ebenfalls von dieser Kommission systematisch verfolgt werden. Wir von der SP finden es richtig, wenn der vorliegende Vorstoss von Bruno Vanoni als Motion überwiesen wird. Wir werden den Vorstoss entsprechend unterstützen.

Präsident: Das Wort ist weiter offen.

Markus Lötscher, FDP: Herr Präsident, liebe Ratsmitglieder. Die FDP Fraktion begrüsst eine Überprüfung, eine Anpassung sowie eine Weiterentwicklung des Umweltkonzeptes. In der vorangehenden Diskussion wurde bereits mehrmals auf den Optimierungsbedarf des Konzeptes hingewiesen. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass man bis anhin zu langsam gearbeitet hat und dies beschleunigen muss. Die FDP Fraktion würde es begrüssen, wenn bei der Überarbeitung des Konzeptes in Zukunft schneller gearbeitet wird und anstehende Arbeiten nicht immer wieder hinausgeschoben würden. Es wird ausserdem darauf hingewiesen, was bereits alles erarbeitet worden ist. Diese Dokumente könnte man auf der Homepage der Gemeinde präsentieren. Zurzeit findet man zu diesem Thema relativ wenig auf der Homepage. Damit könnte man dem ganzen Projekt allenfalls zu neuem Schwung verhelfen. Die FDP Fraktion unterstützt den Vorstoss als Postulat aber nicht als Motion.

Präsident: Weitere Wortmeldungen sind gefragt.

Markus Burren, SVP: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich erachte es als wenig sinnvoll, wenn man die Überarbeitung durch ein externes Büro ausführen lässt. Wer sich das Konzept bereits einmal zu Gemüte geführt hat weiss, dass es derart viele spezifische Artikel, teils von der Gemeinde Zollikofen aber auch seitens des Kantons, beinhaltet, dass sich ein Dritter zuerst in die ganze Materie hineindenken muss. Man muss ihm erläutern, was er genau zu tun hat. In dieser Zeit hätte man die Überarbeitung beinahe schon gemacht. Aus diesem Grund muss die Überarbeitung der Artikel durch die Gemeindeverwaltung erfolgen. Dies ist der erste Schritt welcher in Bezug auf eine komplette Überarbeitung an die Hand genommen werden muss. Hier bitte ich den Gemeinderat diesen Auftrag der Verwaltung zu erteilen. Ich muss mir selber eingestehen, dass ich manchmal zu schwach war, wenn seitens der Verwaltung der Wunsch nach einer Vertagung kam. Ich hätte hier konsequenter sein müssen. Oder ich hätte mich gleich an den Gemeinderat wenden müssen.

Präsident: Wird aus dem Rat noch das Wort verlangt?

Toni Oesch, FdU: In Bezug auf die Frage, ob es sich nun um eine Motion oder ein Postulat handelt, würde ich meinen, wenn man den Auftrag mittels eines Postulates erteilt, wird bereits ein wichtiges Signal an die Verwaltung gesandt. Man sollte das Geschäft nicht gefährden, indem man die Motion ablehnt und anschliessend werden keine Arbeiten an die Hand genommen. Ich bitte Bruno Vanoni zu erläutern, ob er wirklich eine Motion einreichen will. Die Formulierung: "Der Gemeinderat wird beauftragt zu überprüfen", lässt rein formell auf ein Postulat schliessen. Kommen wir nun von der theoretischen Politik zur praktischen Politik. Ein Beispiel hierzu: In der Antwort des Gemeinderates heisst es: "Die Gemeinde Zollikofen sei ein Vorzeigebispiel im Bereich der ökologischen Vernetzung". Aber ich erinnere daran, dass am letzten Montag auf der Gemeindeverwaltung Einspracheverhandlungen gegen die geplante Abholzung der Eichen, beispielsweise im Bereich des "Schweizerhubels", stattgefunden haben. Wir haben diesbezüglich Einsprache eingereicht. Ausserdem haben auch die Anwohner sowie die Verwaltungen der betroffenen Mehrfamilienhäuser Einsprache eingereicht. Der Gemeindepräsident Stefan Funk hat diese Verhandlungen geleitet. Er hat dem GGR, als wir im letzten Mai den Verwaltungsbericht behandelt haben, gesagt, wenn Überbauungen realisiert werden, werden auch Bäume gepflanzt und diese werden mit den Jahren grösser. Beim "Schweizerhubel", im Bereich "Bim Hasel" und "Uf der Höchi" stehen zehn bis zwölf Eichen, welche anscheinend über siebzig Jahre alt sind. Bauern haben diese Eichen damals gepflanzt, damit sie das gute Eichenholz eines Tages nutzen können. Jetzt werden diese Eichen abgeholzt, obschon diese durch die Gemeinde geschützt sind. Die Meinung des Gemeinderates ist nun die, dass es sich hierbei um eine Hecke handelt. Die Grüne Freie Liste hat durch ihr Nicht-Handeln in dieser Angelegenheit ein wenig versagt. Sie hätte handeln sollen. Denn auch im "Graben" wird abgeholzt. *Gelächter im Saal.* Die Situation ist eigentlich nicht zum

Lachen. Es geht um wesentliche Bestandteile der Vernetzung. Ich war in der Ortsplanungskommission dabei, als es darum ging die Sonderbauvorschriften bezüglich des "Schweizerhubel" zu genehmigen. Damals hat man Frau Göldi, Kulturingenieurin ETH, zur Ortsplanung beigezogen. Damals wurde gesagt es muss eine ökologische Vernetzung geschaffen werden. Die Vernetzung von der Aare bis zum Tannholz- und Buchsiwald - Wald für Vögel und Kleintiere wurde hier nicht erwähnt. Wenn nun Bestandteile aus dieser ökologischen Vernetzung herausgebrochen werden, das musste sogar der zuständige Mitarbeiter des neu hinzugezogenen Büros naturaqua zugeben, bedeutet dies eine Verminderung der ökologischen Vernetzung. Das ist nun eben die praktische Politik, im Gegensatz zu den schönen Worten, welche wir auf diesem Papier vorfinden.

Präsident: Wird von den Ratsmitgliedern noch das Wort gewünscht?

Markus Burren, SVP: Man muss einmal erklären was eine Hecke ist. Eine Hecke, das sind keine hochwachsenden Bäume. Eine Hecke muss man pflegen. Man muss bei einer Hecke mindestens einen Drittel alle sechs Jahre "auf den Stock zurücksetzen". Das heisst, sie wird in diesem Drittel komplett zurückgeschnitten. Wenn man dies unterlässt, dann erhalten wir keine Beiträge. Und das ist genau das, was diese Motion hier fordert. Ihr müsst euch nun entscheiden ob Ihr "Fisch oder Vogel" wollt. Aber mit einem von beiden müsst Ihr Euch dann zufrieden geben.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es war nun wirklich sehr interessant zu erfahren, aus fachkundigem Munde, was bereits alles in Bezug auf die Biodiversität getan wird, was alles noch getan werden muss, was eigentlich eine Hecke ist und was Vernetzung bedeutet. All dies könnte man in dieser Umwelt- und Landschaftskommission diskutieren, die notwendigen Schlüsse daraus ziehen und dann umsetzen, anstatt darauf zu warten, dass die Verwaltung endlich irgendwelche Gesetzesartikel aufschreibt. Damit ist nämlich noch nichts erreicht. Ich finde es relativ komisch, dass das Problem nun bei der Verwaltung liegen soll. Aber die Tatsache, dass diese Kommission monatelang nie getagt hat und genau solch interessante Geschäfte nicht behandelt, das ist ein völliger Widerspruch. Ich komme zum Schluss, dass man dringend einen Auftrag erteilen muss. Entweder löst man diese Kommission auf, weil diese ja nie diskutiert, oder sie erhält den Auftrag das Konzept neu zu redigieren und die von Markus Burren erwähnten falschen Inhalte werden korrigiert. Diese neuen Inhalte müssten dann natürlich auch umgesetzt werden. Oder man sagt, dass dies alles gar nicht nötig sei und die Kommission auflöst. Das wäre auch ein möglicher Schritt. Aber in nächster Zeit muss gehandelt werden.

Markus Burren, SVP: Hier muss ich aber entgegenen, der Titel "Umwelt- und Landschaftskommission", das klingt natürlich gut. Aber wenn man dann den Teilrichtplan Ökologische Vernetzung kontrollieren will und allen Mitgliedern eine Einladung zukommen lässt und niemand erscheint, ist das nicht sehr motivierend. Wer war alles vor Ort? Ein Vertreter der Verwaltung, der Präsident der Kommission und ein Vertreter der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft. Alle anderen interessiert es nicht, auch den Vertreter der SP nicht. Schön reden, aber dann nicht zur Sitzung erscheinen. Mit Aussagen wie: Ich werde einen Sachverhalt abklären, ich bin an der Quelle. Aber die getätigten Abklärungen wurden an der entsprechenden Sitzung nicht vorgebracht. Das ist interessant. Das motiviert den Präsidenten die Arbeiten voranzutreiben und auf der Verwaltung passiert nichts. Die erwähnte Sitzung im Dezember und auch diejenige im Januar hätte stattgefunden, da aber nichts vorbereitet war, konnten diese nicht durchgeführt werden. Wenn ich einmal im Monat zur Sitzung der Finanzkommission erscheine, dann sind die notwendigen Vorbereitungen getroffen worden.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Ich möchte die Aussagen von Herrn Oesch ein wenig präzisieren. Wir haben einen Schutzzonenplan erarbeitet. In diesem Schutzzonenplan haben wir über hundert Bäume zusätzlich aufge-

nommen, welche bis anhin nicht geschützt waren. Wir sprechen nicht vom Abholzen von acht Eichen im Schweizerhubel. Diese Eichen stehen sehr nahe zu den angrenzenden Häusern. Wohnungen und Häuser brauchen Licht. Die Wohnhygiene ist nicht mehr gewährleistet. Von den zehn Bäumen, welche sich im Bereich des Schweizerhubels befinden, werden wir acht nicht unter Schutz stellen. Das bedeutet aber nicht, dass diese dann sofort durch die Gemeinde gefällt werden. Es bedeutet, dass jeder Grundeigentümer, auf dessen Grundstück ein Baum steht, selber entscheiden kann, ob er den Baum fällen oder stehen lassen will. Das ist der präzise Wortlaut und nicht, dass im Schweizerhubel vorneweg alle Bäume abgeholzt werden. Ich möchte, dass Ihr dies zur Kenntnis nehmt.

Präsident: Ich werde noch Herrn Oesch das Wort erteilen. Anschliessend werden wir über die Erheblichkeit des Vorstosses befinden.

Toni Oesch, FdU: Man sieht nun wie das Ganze abläuft. Als Argument wird das ganztägige Licht ins Feld geführt. Dabei stehen die Eichen auf der Morgensonnen - Seite. Es gibt aber dann noch die Mittags- und Abendsonne. Man muss sicher nicht den ganzen Tag das Licht einschalten. Es werden hier einfach die Tatsachen verdreht.

Präsident: Werden in Bezug auf die Erheblicherklärung des Vorstosses von Bruno Vanoni irgendwelche Wortbegehren gestellt?

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte nicht mit Schuldzuweisungen, wer was verpasst hat oder nicht gemacht hat, fortfahren. Ich habe aus der Debatte herausgehört, dass von allen Seiten der Wille bekundet wurde, dass mit dem Umweltkonzept und der Umwelt- und Landschaftskommission die nächsten Schritte an die Hand genommen werden. Das ist für mich nebst allen den Zwischentönen, welche man bei dieser Debatte heraushören konnte, ein sehr positives Fazit. Ich möchte noch etwas zu einem Missverständnis ausführen. Markus Burren hat einige Anspielungen von sich gegeben, auf welche ich hier jetzt nicht eingehen möchte. In Bezug auf die ökologische Vernetzung ist mir wichtig, offenbar habe ich mich nicht klar ausgedrückt, dass dies ein sehr gutes Projekt ist. Wir von der GFL haben dieses Projekt letztes Jahr bei einem ökologischen Abendspaziergang kennen gelernt. Der Bericht, welcher mir Markus Burren überreicht hat, haben wir im Vorfeld an diese Begehung bereits gelesen und studiert. Ich kenne im Übrigen auch den Faltprospekt, welcher schweizweit im Umlauf ist. Ein Glück für Markus Burren, dass ich diesen nicht dabei habe, denn es sind darin auch einige kritische Bemerkungen bezüglich des Rückhalts dieses Projektes in der Gemeinde enthalten. Aber ich möchte nicht mehr weiter ausholen. Ich war ein Bauernjunge und bin auf einem Kleinbauernhof aufgewachsen. Ich kann daher die Probleme, welche die Landwirtschaft, verursacht durch die vielen Auflagen hat, verstehen. Bei der erwähnten letztjährigen Begehung waren Bauern wie Klaus Jost und Markus Burren, wie auch Konsumenten, Stadtmenschen sozusagen, dabei. Am Abend kam man zum Schluss, dass ökologische Vernetzung, die Pflege der Landschaft, nicht nur eine Sache der Bauern ist sondern, dass dies alle betrifft. Deshalb war mein Hinweis auf den Prospekt so zu verstehen, dass man mit dieses sehr gute Projekt unbedingt weiterführen soll. Aber es ist auch wichtig, dass man in den anderen Gebieten der Gemeinde, auch im Siedlungsraum diesbezüglich etwas unternimmt. Man kann auch aus dem ödesten Plätzchen einen guten Standort im Hinblick auf die Biodiversität machen. Das wollte ich noch zur Sache sagen. Nun zum rechtlichen Aspekt. Ich bin nach wie vor nicht überzeugt, dass diese Motion nicht zulässig sein soll. Ich bin aber bereit, da ich den Rückhalt aus allen Fraktionen gehört habe, meine Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ich möchte aber zu Protokoll geben und festhalten, dass ich diese Umwandlung nicht mache weil ich mit den rechtlichen Einwänden des Gemeinderates einverstanden bin. Ich fände es gut, wenn das Büro des GGR oder allenfalls eine andere Instanz klären würde, wer über Streitigkeiten bezüglich der Zuständigkeiten entscheidet. Im Moment ist ja noch das Geschäft bezüglich der "Unechten Motionen" hängig. Die heutige Fragestellung könnte allenfalls mit diesem Geschäft verbunden und geklärt werden. In diesem Sinn bin ich mit einer Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Präsident: Wir haben es gehört, die Umwandlung der Motion in ein Postulat findet statt. Ich möchte nun zur Abstimmung schreiten.

Abstimmung:

Das Postulat Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend 10 Jahre Umweltkonzept: Bilanz ziehen und zukunftsweisend aktualisieren wird grossmehrheitlich erheblich erklärt.